

Landeselternbeirat

für Grundschulen und Förderzentren in Schleswig-Holstein

Vorsitzender (geschäftsführend): Uwe Koock, Sophienblatt 21a, 24103 Kiel Tel: 0431 260 93 60 60, Fax: 0431 260 93 60 90, Email: info@stb-koock.de

LEB Uwe Koock, Sophienblatt 21a, 24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag Innen- und Rechtsausschuss **Thomas Rother** Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel Kiel, 29. Oktober 2010

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 17/1437

nur per Telfax: 988-1156

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/502 "Homophobie aktiv bekämpfen"

Sehr geehrter Herr Rother!

Der Vorstand des Landeselternbeirats Grundschulen und Förderzentren in Schleswig-Holstein (LEB) nimmt nachfolgend ausschließlich zu den Antragsteilen der Drucksache 17/502 Stellung, die den schulischen Bereich betreffen.

Vorbemerkung:

Der LEB ist der einhelligen Meinung, dass eine demokratischen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Kulturen und Lebensweisen stets ein Klima des Respekts und der Toleranz herrschen muss.

Dennoch ist sich der LEB darüber bewusst, dass dort, wo Menschen zusammenleben auch Konflikte entstehen, die es gemeinsam zu lösen gilt. Auch ist sich der LEB darüber im Klaren, dass eine Zusammenleben von Menschen ohne Konflikte ein Idealzustand wäre, der nicht vorherrscht, den es aber dennoch zu erreichen gilt. Nur so soll und kann sich eine Gesellschaft weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Das Problem der Homophobie ist nicht neu. Schon vor Jahrzehnten wurden genau die Schimpfwörter auf den Schulhöfen benutzt, die auch in der Drucksache 17/502 genannt werden. Ob sich die Beteiligten immer im Klaren waren, welche Bedeutung diese Schimpfwörter haben und das Gegenüber bedeuten sei dahingestellt.

Wie aber hat man damals und wie wird heute das Problem gelöst?

Sofern sich Auffälligkeiten in Schulhöfen Fluren der Schulen oder in den Klassenzimmern ergeben haben, Beschwerden von Eltern oder Schülern eingingen, haben sich die Lehrer und Schulleiter dieses Problems stets angenommen und punktuell mit den Betroffenen in pädagogisch sinnvoller Weise gelöst. Gegebenenfalls wurde und wird das Thema mehr oder weniger intensiv in den Unterricht eingebaut.

Ergebnis:

Der Landeselternbeirat ist sich darin einig, dass die Pädagogen an den Schulen ihr Handwerkszeug beherrschen und geschickt und sensibel mit diesem Thema umgehen können und dieses Wissen auch zielgerichtet einsetzen.

Die Aufstellung eines Aktionsplans, mit dem gezielt Aufklärungskampagnen an Schulen vorbereitet werden soll, betrachtet der LEB nicht nur als eine unnötige Überfrachtung des Unterrichts, sondern glaubt in dem Antrag ein gewisses Misstrauen in den Fähigkeiten unserer Lehrer zu erkennen.

Der Antragsteller verkennt, dass nach dem Schulgesetz Lehrer und Elternhaus, aber auch Schüler gemeinsam an der Fortentwicklung ihrer Schule und damit nicht nur im Innenverhältnis das Gedankengut der Toleranz und des Respekt gegenüber anderen arbeiten.

In den Schulprogrammen sind genau die Forderungen des Antrags sich mit Respekt und Toleranz zu begegnen verankert und werden auch tatsächlich gelebt.

Selbst wenn Konflikte unbestritten entstehen sollten, sind Elternvertreter ehrenamtlich als Mediatoren unterwegs um Konflikten zu begegnen und aufklärend nach Lösungen zu suchen.

Verbindungslehrer stehen allen Betroffenen Schülern fast uneingeschränkt zur Verfügung. Ausgebildete Konfliktlotsen sind ständig im Einsatz.

Eine Überarbeitung der Lehrpläne, um Homosexualität und Homophobie im Unterricht zu behandeln lehnt der Landeselternbeirat einmütig ab. Es kann nicht Aufgabe der Schule sein Lehrpläne zu jedem unbestritten wichtigen Thema umzuschreiben.

Um es auf den Punkt zu bringen: Schule ist nicht dazu da alle Probleme der Gesellschaft zu lösen. Im Vordergrund steht immer noch der Bildungsauftrag. Diesen in der heutigen Zeit umzusetzen ist nicht einfach. Dazu muss sich die Schule frei entfalten können, spezifisch auf die Belange der Menschen eingehen und nicht mit überfrachteten Lehrplanen gegängelt werden. Wir sollten den Lehrern ihre pädagogische Freiheit lassen, Themen zu Zeitpunkten aufzugreifen, die notwendig sind und deren Behandlung nachhaltig wirkt.

Im Übrigen zeigt der LEB mehr als verwirrt, dass dieser Antrag von der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN kommt. Gerade die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN fordert aktuell keine weiteren Veränderungen in der Schullandschaft. Darin sieht der LEB einen Widerspruch zu Aussagen der schulpolitischen Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN.

An Stelle von Schulungsprogrammen für LehrerInnen zum einzigen Thema Homophobie sollte eine grundsätzliche pädagogische und bezahlte Fortbildung aller Lehrer stattfinden. Gerade in Zeiten knapper Kassen und einem festgeschriebenen Doppelhaushalt stellt sich der LEB die Frage aus welchem Haushaltstitel eine derartige Fortbildung bezahlt werden soll.

Wenn wieder erwarten diese zusätzlichen Mittel doch vorhanden sein sollten, schlägt der LEB vor, diese in pädagogisch sinnvoller Weise in anderen Bereichen der Bildung einzusetzen.

Der LEB bittet letztendlich den Antragsteller den Antrag zurückzuziehen um damit den Schulen und den Lehrern die auch von der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN geforderte Ruhe einzuräumen, die bereits entwickelten Lehrpläne und pädagogischen Konzepte zum Wohle der Gesellschaft umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Landeselternbeirat

Uwe Koock Landeselternbeiratsvorsitzender